

Der Funke zündete nach Tschernobyl bundesweit

„Mütter gegen Atomkraft“ mobilisieren „freie Energien“ / Keine parteipolitische Bindung

Von unserer Korrespondentin Christiane Schlötzer

23.5.86

154

Den 11. Mai, den diesjährigen Muttertag, wird Nina Rumland (32) ebensowenig vergessen wie den 26. April, den Tag des Unglücks von Tschernobyl. Auf dem Münchner Marienplatz legten Mütter an ihrem Ehrentag Blumensträuße zum dreizackigen Kernkraftzeichen auf das radioaktiv bestrahlte Pflaster. Die Tierärztin Nina Rumland war spontan dabei. Heute gehört sie zu den „Urmüttern“. So nannten die Mitstreiterinnen in dem kurz nach dieser Aktion ebenso spontan gegründeten Verein „Mütter gegen Atomkraft“ ihre Gründerinnen schon nach wenigen Wochen.

Ihr erster Aufruf, den inzwischen rund 30 000 Frauen in der ganzen Bundesrepublik unterzeichneten, trägt noch die Namen von nur neun „Kontaktmüttern“. Mittlerweile braucht der junge Verein bereits einen Computer, der die Adressen von über 1000 zahlenden Mitgliedern speichert, die oft wieder eine eigene „Mütterzelle“ bilden. Was als Privatinitiative begann, wurde im „Schneeballsystem“ inzwischen zur bundesweiten Bewegung. Die Anti-Atom-Mütter haben – ausgehend von München und Starnberg – bereits Gruppen unter anderem in Hamburg, Berlin und Münster, in Siegen, Köln, Heidelberg und Freiburg, Würzburg, Augsburg, Regensburg und auch in Salzburg gebildet.

Wer sich an die Urmütter in Bayern wendet, bekommt auch in Hamburg noch Flugblätter, Ernährungstips („Mit der Strahlenbelastung leben“) und Ratschläge, wie man einen Info-Stand aufbaut. Das Vereinspostfach in Icking am idyllischen Ammersee quillt täglich über. „Es ist, als ob nur der Zündfunke gefehlt hat“, meint Vorstandsmitglied Nina Rumland, selbst Mutter von zwei kleinen Kindern. Jede parteipolitische Bindung – auch an die Grünen – lehnt die Mutterbewegung demonstrativ ab. Sie will „unabhängig“ bleiben. Kaum eine der Urmütter war vorher parteipolitisch aktiv. Die Vorstandsmitglieder dürfen es per Satzung nicht sein.

In den bevorstehenden Wahlkämpfen in Bayern und im Bund will der Mütterverein aber dazu aufrufen, nur Kandidaten zu wählen, die klar der Kernenergie den Rücken kehren möchten. Daß gerade bisher „weitge-

hend unpolitische“ Frauen zu ihrer „Bewegung“ stießen, zeigen den Gründerinnen zahlreichen Zuschriften. „Ich bin das Untätigsein satt“, schrieb eine junge Mutter. „Ich möchte etwas unternehmen“, bot eine zweite mit 21 Monate alter Tochter dem Verein ihre „Energie“ an.

Als „Hysterikerinnen“ beschimpft zu werden, das bleibt für die Vereinsmütter nicht aus. Doch in Bayern hat Nina Rumland diese Erfahrung bislang „weniger als andernorts“ gemacht. Im Freistaat waren die Belastungen durch das sowjetische Reaktorunglück spürbarer als etwa im Norden. Nicht still steht daher auch das Telefon bei der zweimal wöchentlich eingerichteten Sprechstunde in einem Münchner Büro. „Den Behörden wird kaum mehr etwas geglaubt“, stellen die freiwilligen Helferinnen – vier Monate nach Tschernobyl – immer noch eine „große Informationslücke“ fest.

Im Oktober wollen die Mütter mit ihren Forderungen auch nach Bonn gehen. Im bayrischen Umweltministerium brachten sie ihre Sorgen gegen eine Verteilung radioaktiv belasteter Klärschlammvorräte auf die Felder beim zuständigen Strahlenschutzexperten vor. „Machen Sie doch einen Vorschlag“, forderte der Experte die Frauen auf. Als sie mit neuen Umweltbilderbüchern bestückt das Ministerium wieder verließen, hatten sie jedoch erst einmal nichts bewirkt. Die Behörden sähen das radioaktive Caesium im Boden noch „am besten“ aufgehoben, hieß es. Schäden seien nicht zu befürchten. Weil die Mütter dennoch nicht „Teilnehmer eines Großversuchs“ werden wollen, wenn Klärschlamm auf den Äckern landen, die die Grenzwerte der Klärschlammverordnung (370 Becquerel/Kilo) bei weitem überschreiten, haben sie ihren Protest jetzt auch in eine Landtagspetition gepackt.

Das Personal war zu effektiv und zu selbstsicher

Bei der Katastrophe von Tschernobyl versagte nach sowjetischer Ansicht der Mensch und nicht der Reaktor

Von Elfie Siegl (Moskau)

FR, 22.8.86

Auf 350 Seiten haben sowjetische Physiker, Chemiker, Techniker, Experten für Atomenergie und Reaktorbau, Ärzte und Pädagogen Ursachen, Schäden und Auswirkungen der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl dargelegt. Der Abschlußbericht wurde am 20. Juli von der Kremlführung erörtert und gebilligt. Er liegt nun der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien vor und soll dort am 25. August diskutiert werden.

In Moskau erläuterten am Donnerstag sowjetische Experten Einzelheiten. Der Vize-Direktor des Kurchatow-Instituts für Atomenergie, Walerij Legasow, der Chef des Staatskomitees für Atomenergie-Nutzung, Adrianik Petrosjanz, der Chef des Staatskomitees für Hydrometeorologie und Umweltschutz, Jurij Israel, und der Vize-Präsident der Medizinischen Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leonid Ilin, stellten der Presse den Bericht vor. Nach ihrer Zusammenfassung ergab die Untersuchung, daß nicht Konstruktionsfehler des Reaktors, sondern allein „grobes“ menschliches Versagen Ursache der Katastrophe war.

Der zerstörte 4. Reaktorblock war seit Dezember 1983 in Betrieb. Bis Ende 1985 produzierte das gesamte Lenin-Atomkraftwerk von Tschernobyl, das aus vier Blöcken bestand, 29 Milliarden Kilowattstunden Energie ohne Störungen. „Es kann gut sein“, meinte Petrosjanz, „daß die effektive Arbeit des Werkes beim Personal zur Selbstsicherheit und Gleichgültigkeit führte“. Dieses wiederum sei der Grund für Verantwortungslosigkeit, Nachlässigkeit und Undiszipliniertheit bei der Bedienung des Reaktors gewesen.

Der 4. Block sollte nach zwei Jahren Produktion Ende April routinemäßig gewartet werden. Dazu führte das Personal ein Experiment durch, bei dem sechs schwerwiegende Fehler begangen wurden. Der wichtigste war, daß bereits am 25. April um Mitternacht das Notkühlaggregat, also das wichtigste Sicherheitssystem des Reaktors, völlig abgeschaltet wurde und der Reaktor fast zwölf Stunden ohne Sicherheitssystem arbeitete. Ohne diesen Fehler, erklärte der Atomwissenschaftler Legasow, hätte das Ausmaß des wegen anderer Fehler entstandenen Unglücks „wesentlich“ begrenzt werden können.

Als ersten Fehler im Zuge des Experimentes bezeichnete Legasow eine Verringerung der Reaktoraktivität unter das zugelassene Maß: so waren nur sechs bis acht Regelstäbe betriebsbereit statt der 30 vorgeschriebenen. Ferner sank die Kapazität des Reaktors unter die im Testprogramm vorgesehenen 700 Megawatt-Einheiten. Das automatische Kontrollsystem für das Energieniveau des

Reaktors war abgestellt, so daß jegliche Kontrolle über die absackende Energieleistung fehlte.

Als dritter Fehler wurde festgestellt, daß alle vier Kühlpumpen eingeschaltet waren. Eine hätte aber als Reserve dienen müssen. Es bildeten sich ferner Luftblasen im Kühlsystem, die die Arbeit des „Kühlregimes“ behinderten. Da auch das automatische Abschaltssystem der 8. Turbine, mit der man experimentierte, abgestellt war, wurde die Turbine, als ihr kein Dampf mehr zugeführt wurde, nicht automatisch blockiert, sondern lief weiter. Und schließlich hatte man das Sensorsystem, das Schwankungen des Wasser- und Dampfdruckniveaus im Reaktorsystem regeln soll, ebenfalls abgeschaltet.



Tschernobyl strahlt noch: Pressekonferenz mit Atombehörden-Chef Petrosjanz (Mitte) in Moskau. (Bild: dpa)

Das Bedienungspersonal des Reaktors habe, meinte Legasow, das Wartungsexperiment gemacht, weil es um die Sicherheit des Atomkraftwerkes besorgt gewesen sei, auch wenn das heute seltsam klinge.

Als Ziel des Experiments mit „rein elektrotechnischem Charakter“ bezeichneten die sowjetischen Fachleute den Test des Übergangs der Erzeugung von Elektroenergie für den Reaktorbetrieb von einem Turboaggregat auf einen Dieselelgenerator. Das Personal habe sich die leider nicht genügend durchdachte und zu wenig geprüfte Aufgabe gestellt, festzustellen, wie lange für den Notfall, daß der Reaktor abgestellt werden muß, der Übergang von Turbo- auf Dieselenergie dauern würde.

Im Zuge des falsch angelegten Experiments kam es dann zu zwei Explosionen: die schnelle Dampfentwicklung in den Kanälen des Reaktors hat einen Teil der Konstruktion und des Schachtes des Blocks zerstört und führte zu der ersten

Explosion. Die zweite gab es, als der brennende Dampf mit den Trümmern der beschädigten Konstruktion in Luftberührung kam.

Ein Bericht der Moskauer Gebietsparteizeitung „Leninsches Banner“, es habe Ende Mai im Reaktor nochmals einen Großbrand gegeben, wurde nicht bestätigt. Die Experten meinten, man habe allerdings um Zuge der Aufräumarbeiten auf dem Gelände und im Reaktorschacht bisweilen künstliche Brände zu verzeichnen gehabt, die unter strenger Beobachtung standen. Ferner habe es einige andere lokale Brände gegeben, die keine Beziehung zu dem Unglück hätten.

Das fehlgeschlagene Experiment kam teuer. Als direkte Kosten für die unmittel-

ge wenige konnten bereits wieder in ihre Dörfer zurückkehren. In „nächster Zeit“ sollen weitere zurückkommen. Wie der sowjetische Umweltschutzminister Jurij Israel betonte, dürfe man die Evakuierten aus der Unglückszone nicht mit den zeitweilig in Ferien verschickten 60 000 Kindern aus Belorussland verwechseln. Diese Kinder sollen zum Schulbeginn am 1. September wieder zu Hause sein.

Laut Israel habe die Radioaktivität in unmittelbarer Nähe des 4. Blocks am 27. April, also gleich nach dem Unfall, 1000 Milli-roentgen pro Stunde betragen. Bis heute ist sie „immer noch ziemlich hoch“. Der Boden innerhalb der 30-Kilometer-Zone um das Kraftwerk sei nur einige Millimeter tief verseucht. Das Wasser, sogar der Pripjat-Fluß, an dem das AKW liegt, sei „faktisch sauber“. Mit vier Spezialflugzeugen habe man Regenwolken aus der Gegend vertrieben und so einen Monat nach dem Unglück nur Sonne gehabt in der Risikozone. Erst nach dem nachfolgenden Regen hätte sich die Radioaktivität im Pripjat und dem Kiewer Stausee „leicht erhöht“.

Die sowjetischen Experten zählten dann einige konkrete Folgen aus der Tschernobyl-Katastrophe auf. So soll das Bedienungspersonal für Kernkraftwerke künftig an speziellen Imitatoren für Krisensituationen trainiert werden. Die Ausbildungszeit für AKW-Personal betrug bis jetzt, je nach Verantwortlichkeit bei der Arbeit, zwei bis drei oder sechs bis acht Jahre; künftig soll die Weiter- und Zusatzqualifizierung überarbeitet werden.

Außerdem will die UdSSR auf Regierungsbeschluss hin in Kiew ein Zentrum für Nuklearmedizin gründen. Und schließlich hat sie der Internationalen Atomenergie-Behörde in Wien Entwürfe für die nach Konventionen vorgelegt, über die man Ende September auf einer Sondersitzung beraten will. Der erste sieht eine neue Konzeption für Sicherheitsgarantien in Kernkraftwerken vor, der zweite einen Mechanismus für internationale Hilfeleistungen bei nuklearen Unglücksfällen.

Personelle Konsequenzen aus Tschernobyl wurden letztlich auch gezogen. So wurde die Leitung des Werkes abgelöst, einige Partei- und Wirtschaftsfunktionäre verloren ihre Posten, mehrere hat man aus den Reihen der KPdSU ausgeschlossen. Auf die Frage, ob prominente sowjetische Experten wie der Leiter der Tschernobyl-Kommission und stellvertretende Ministerpräsident, Schtscherbina, oder der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Welichow, die länger am Katastrophenort arbeiteten, nun strahlenbeschädigt sind, lautete die Antwort, sie seien gesund und derzeit auf Urlaub.

telbar mit dem Unglück verbundenen Schäden, also wohl Sachschäden, nannte das KPdSU-Politbüro in seiner Sondersitzung zu Tschernobyl im Juli zwei Milliarden Rubel (rund sieben Milliarden Mark).

Wie Petrosjanz vor der Presse bestätigte, sind 31 Menschen als Folge von Tschernobyl gestorben. Drei Strahlenkranke schweben noch in Lebensgefahr. Von den 203 bis jetzt hospitalisierten Kranken haben 22 den vierten (also den schlimmsten) Grad an Strahlungen, 23 den dritten, 53 den zweiten und der Rest den ersten Grad aufzuweisen. Diese Angaben machte der Vize-Präsident der medizinischen Akademie und Direktor des Instituts für Biophysik, Leonid Ilin. Von den Verstorbenen hatten die meisten schwere Hautverbrennungen, es handelt sich zumeist um die Feuerwehrleute, die als erste am Unglücksort im Einsatz waren.

Laut Ilin sind als Folge von Tschernobyl insgesamt 135 000 Menschen, darunter 45 000 Kinder evakuiert worden. Eini-

„Beteuerungen der Behörden zur Kernenergie sind unglaublich“

In bislang unveröffentlichter Petition aus Bialystok wird einstweiliger Baustopp für Kernkraftwerk gefordert / Sejm lehnt ab

FR, 27.8.86

Zwei Monate dauerte die Fahndung nach einer Bittschrift, die Bürger der ostpolnischen Stadt Bialystok an den Sejm, das polnische Parlament, geschickt hatten. Aufgeschreckt durch das Reaktorunglück in Tschernobyl wollten die Bürger den Weiterbau eines geplanten Atomkraftwerkes verhindern. Die Petition stammt vom 8. Mai. Mitte Juni erfolgte die Antwort, die in der Parteizeitung „Tribuna Ludu“ veröffentlicht wurde. Die Antwort des Sejm schlug sich in der westlichen Presse in einer kurzen Agenturmeldung nieder. Der Wortlaut der Petition selbst blieb unbekannt, obwohl sie die erste und bislang einzige offiziell bekanntgewordene Bürgeraktion gegen Kernkraftwerke in einem sozialistischen Land ist. Über den Wortlaut der Petition verfügte in der Bundesrepublik keine Anlaufstelle, in denen sonst polnische Untergrund- und Protestpapiere gesammelt werden. Keines der Solidarnosc-Büros in der Bundesrepublik und Frankreich zeigte sich imstande, den Bürgerprotest aus Bialystok zu beschaffen. Offizielle Anfragen an polnische Stellen in Warschau blieben zunächst unbeantwortet. Dennoch taten sie verschlungene Pfade auf und der FR wurde schließlich die gewünschte Petition zugesandt. Wir drucken die Petition und die Antwort des Sejm nun im Wortlaut. Aus dem Polnischen übersetzte Friedrich Griese.

Polen sich auf seiner Sitzung am 28. 5. 1986 vom Präsidenten der Staatlichen Atombehörde über den aktuellen Stand der Bauarbeiten am Kernkraftwerk Zarnowice, die Grundsätze der Standortwahl und des Baus von Atomkraftwerken sowie die bestehenden Vorschriften zur Strahlensicherheit unterrichten ließ. Die Abgeordneten informierten sich und erörterten eine Problematik, die für die Bevölkerung von besonderem Interesse ist, nämlich die bestehenden Gesetze und Vorschriften für die Errichtung und den Betrieb von kerntechnischen Anlagen.

Kernenergie — eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit

Daß die Kernenergie Ende der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre für die Volkswirtschaft eingesetzt wird, ist eine Notwendigkeit, die sich aus der Brennstoff- und Energiebilanz des Landes ergibt. Aus Untersuchungen zur künftigen Entwicklung der Brennstoff- und Energiewirtschaft Polens bis zum Jahre 2000 und perspektivisch bis zum Jahre 2020, die im Ministerium für Bergbau und Energie wie auch in anderen Institutionen (Plankommission beim Ministerrat, Komitee für Probleme der Energieversorgung der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Rohstoff-Team des Forschungs- und Prognose-Komitees „Polen 2000“, Ministerium für Material- und Brennstoffwirtschaft) durchgeführt wurden, geht hervor, daß es nur begrenzte Möglichkeiten gibt, die Förderung von Brennstoffen aus inländischen Vorkommen weiter zu steigern, daß es nicht möglich ist, den Import von flüssigen Brennstoffen nennenswert zu steigern, daß beim Eisenbahntransport Schwierigkeiten auftreten und daß eine Erweiterung der konventionellen Energieerzeugung die natürliche Umwelt gefährdet, so daß die Einführung der Kernenergie unerlässlich ist. (Ein Kernkraftwerk von 1000 Megawatt Leistung mit einem Druckwasserreaktor verbraucht im Jahr rund 20 Tonnen Kernbrennstoff, während konventionelle Kraftwerke rund zwei Millionen Tonnen Kohle verbrauchen und dabei tonnenweise Asche sowie Schwefel- und Stickoxide in die Atmosphäre ausstoßen.)

Wegen des bestehenden Mangels an Rohöl und Erdgas kann der steigende Brennstoffbedarf der industriellen Energieerzeuger nur mit Hilfe von Stein- und Braunkohle sowie von Kernbrennstoff gedeckt werden. Die Lieferungen von Steinkohle an die industrielle Energiewirtschaft können jedoch nur in begrenztem Umfang erhöht werden. Das liegt an den begrenzten Möglichkeiten, die Kohleförderung zu steigern, und am Bedarf anderer inländischer Abnehmer und des Exports. Erhöhte Kohlelieferungen an die Energiewirtschaft wird es daher nur im Bereich der Fernwärme geben, während für den Einsatz von Steinkohle zur Erzeugung elektrischen Stroms ein beinahe stagnierendes Niveau angenommen wird.

Im Bereich der Braunkohle haben wir zur Zeit die Bergwerke Turów, Konin, Adamów und Sieniawa, daneben ist das

lung und Kontrolle vorzulegen, und anschließend sollen Bau und Betrieb unter ihrer Aufsicht erfolgen.

2. Es sind die modernsten und als sicher anerkannten Systeme zur Verhütung von Störfällen und ihren Folgen anzuwenden.

3. Die Öffentlichkeit ist über alle wesentlichen Erkenntnisse in dieser Sache zu unterrichten.

Zweitens: auf dem Wege der Gesetzgebung die folgenden Bedingungen für die friedliche Nutzung der Atomenergie in Industrie und Energieversorgung sicherzustellen:

1. Alle diese Energie nutzenden Industrieanlagen sind sowohl während der Bauzeit als auch im Betrieb der Aufsicht und Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen.

2. Es werden bewährte und dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Sicherheitssysteme angewandt.

3. Alle Investitionsvorhaben in diesem Bereich werden der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

4. Der Standort des Vorhabens darf nur mit Zustimmung der Bewohner des jeweiligen Umlandes festgelegt werden.

Wir sind der Meinung, daß es keine wirtschaftlichen oder politischen Gründe gibt, welche eine Ablehnung dieser Forderungen rechtfertigen könnten, denn der Preis, den die Nation für die Folgen von Fehlern und Nachlässigkeiten zu zahlen hätte, ist zu hoch.

Wir erwarten, daß dieser Appell unverzüglich allen Abgeordneten zur Kenntnis gebracht wird. Wir erwarten, daß der Sejm der Volksrepublik Polen sofort im Sinne der Umsetzung unserer Forderung tätig wird.

Text und Kopie der vollständigen Unterschriftsliste dem Sekretariat des Episkopats Polen, Warschau, zur Kenntnis.

Bialystok, 8. Mai 1986

Petition von Einwohnern Bialystoks an das polnische Parlament

Die Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl hat in der polnischen Bevölkerung Unruhe ausgelöst, beweist sie doch, daß die in Kernkraftwerken angewandte Technologie keine Sicherheit garantiert, daß die Maßnahmen zur Verhütung eines Störfalles und seiner Folgen zumindest unzureichend sind. Die verzögerte und unvollständige Unterrichtung über diesen Vorfall zeugt davon, daß man der öffentlichen Meinung und der Gesundheit der Bevölkerung nicht die gebührende Beachtung schenkt.

In dieser Situation und angesichts der seit Jahren in der Industrie betriebenen Investitionspolitik, auf die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Umwelt und die Verschlechterung des Gesundheitszustandes zurückzuführen ist, muß der Bau eines Atomkraftwerkes in Zarnowice ernste Befürchtungen wecken, sind die Beteuerungen der Behörden, es stelle keine Gefährdung der Bevölkerung dar, unglaubwürdig.

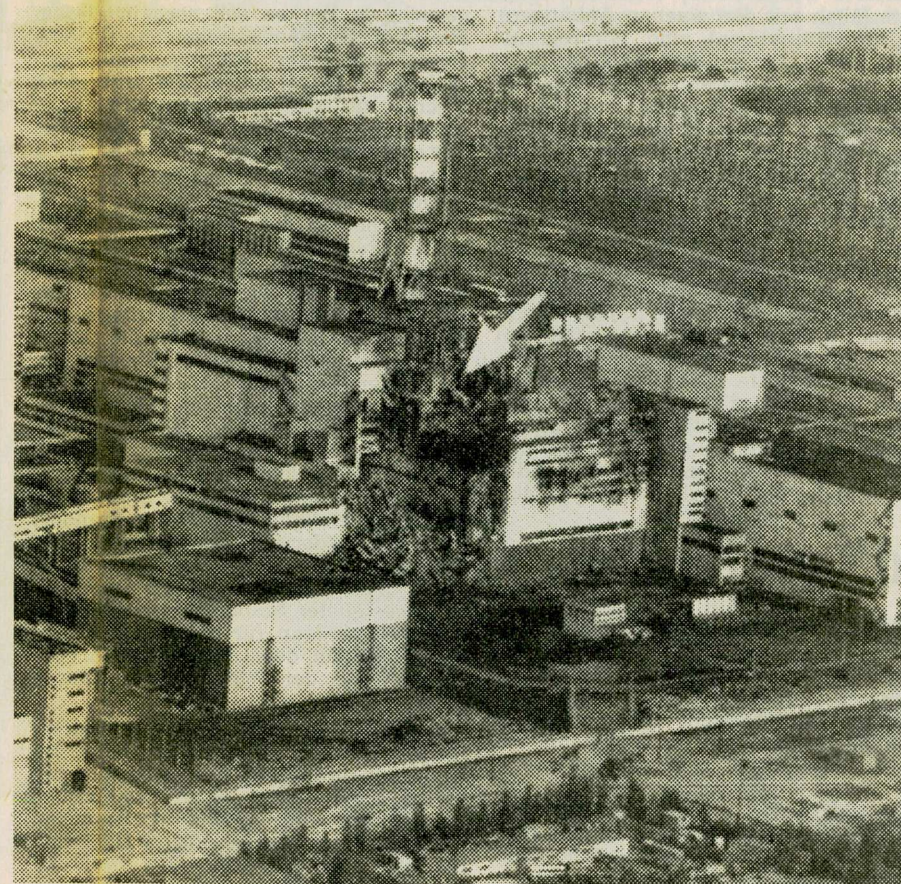
Die Mitglieder des Sejms der Volksrepublik Polen haben mit der Übernahme der Rolle von Volksvertretern faktisch die Pflicht auf sich genommen, für die fundamentalen Interessen des Volkes zu sorgen, unter denen das Problem der nationalen Gesundheit und der Gesundheit künftiger Generationen zu den elementarsten gehört. Der Sejm der Volksrepublik Polen ist daher verpflichtet, gegenwärtig alles zu tun, um negative Folgen der industriellen Nutzung der Atomenergie zu unterbinden.

Wir, die unterzeichneten Einwohner von Bialystok, wenden uns an den Sejm mit der Forderung:

Erstens: die Bauarbeiten am Atomkraftwerk in Zarnowice solange einzustellen, bis die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Diese Investition ist der Internationalen Atomenergie-Organisation, der Fachorganisation der UNO, zur Beurtei-

Antwort des Sejm auf die Petition der Einwohner von Bialystok
(Aus: Tribuna Ludu, Nr. 137 vom 13. Juni 1986)



Der zerstörte Kernreaktor in Tschernobyl

Bild: dpa

In einem Umkreis von rund 1 000 Kilometern um Polen sind zur Zeit Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rund 80 000 Megawatt in Betrieb.

Im März 1985 erörterte der Sejm der Volksrepublik Polen das vom Ministerrat vorgelegte Dokument „Probleme der Versorgung der Volkswirtschaft mit Brennstoffen und Energie bis zum Jahre 2000 unter Berücksichtigung der Entwicklung der Kernenergie“. Im Hinblick auf die oben angeführten Gegebenheiten betonte der Sejm in seiner Entschließung vom 21. März 1985, daß eine Steigerung der Erzeugung und Bereitstellung von Energie hauptsächlich durch eine Erhöhung der Förderung fester Brennstoffe und einen Ausbau der Energieerzeugung erfolgen solle, darunter auch der Kernenergie.

Die praktischen Möglichkeiten der Atomenergienutzung waren Anlaß und Grundlage dafür, daß der Sejm die Verhältnisse im Bereich der friedlichen Nutzung der Atomenergie für die sozioökonomischen Bedürfnisse des Landes umfassend regelte. Den ersten Schritt, um die für den Ausbau der Kernenergie in Polen unerlässlichen organisatorisch-rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, unternahm der Sejm der 8. Wahlperiode, indem er die Staatliche Atomenergie-Behörde schuf. Ein weiterer Schritt war das vom

Während die obigen Bestimmungen des Sejms für die Verfahrensweise maßgeblich sind, wird gleichzeitig alles getan, damit sich die Entwicklung der Kernenergie in Polen gefahrlos gestaltet. Insbesondere wurde für die in Polen zu errichtenden Kernkraftwerke der weltweit am meisten verbreitete Druckwasserreaktor gewählt. Rund 70 Prozent aller in der Welt errichteten Kernkraftwerke sind mit diesem Reaktortyp ausgestattet. Dabei wurden sowohl für das erste Kraftwerk, das mit Blöcken von 465 Megawatt am See von Zarnowice entsteht, als auch für die folgenden Kraftwerke mit Blöcken von 1000 Megawatt technische Lösungen mit einer Sicherheitsumhüllung (Containment) sichergestellt.

Drei Barrieren gegen radioaktive Verseuchung

Der Ausbreitung von Spaltprodukten stehen somit drei Barrieren im Wege: die Hüllen der Brennelemente, der hermetisch geschlossene Kühlkreislauf des Reaktors und schließlich die Sicherheitsumhüllung. Unabhängig davon wurde der Reaktor mit Notkühlsystemen versehen, die auch in dem Fall, daß der primäre Kühlkreislauf völlig leck wird, die Kühlung des Reaktorkerns gewährleisten. In Polen wurden somit Arbeiten in Angriff

kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes erfüllt sind“.

Standortvorschläge werden nach einer ersten Abstimmung mit den zuständigen Behörden der Wojwodschaft und der Gemeinde der Plankommission beim Ministerrat überwiesen, die eine Reihe von Fachinstitutionen mit ihrer Beurteilung beauftragt. Der Antrag auf Erteilung von Standortempfehlungen für das zweite Kernkraftwerk mit einer Leistung von 4mal 1000 Megawatt wurde z. B. fast vier Jahre lang geprüft, u. a. von zwei unabhängigen Gruppen des Komitees für Raumplanung der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Alle Vorbereitungen zur Standortbestimmung werden in Abstimmung mit den Wojwodschaftspräsidenten getroffen, und dabei werden gleichzeitig die Stellungnahmen der Wojwodschafts-Nationalräte zur Standort-Koordination berücksichtigt.

Auch die Gemeindevorsteher werden vom Fortgang der Arbeiten unterrichtet und das Recht, Stellungnahmen und Forderungen vorzutragen. Die gegenwärtig geltenden Verfahrensvorschriften, die in den erwähnten Gesetzen festgelegt sind, gewähren somit weiten Bevölkerungskreisen Einblick in den Vorgang der Standortwahl und geben ihnen die Möglichkeit, auf diese Wahl Einfluß zu nehmen.

Internationale Atomenergie-Organisation kann nicht kontrollieren

Zu den grundlegenden Aufgaben der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) gehört es laut Statut, auf dem Gebiet der Erforschung, der Entwicklung und der praktischen Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke Aktivitäten anzuregen und Unterstützung zu geben, über die Nutzung bestimmter spaltbarer Materialien eine internationale Kontrolle auszuüben, Rat zu erteilen, Voraussetzungen für den Informationsaustausch zu schaffen und Fachleute zu schulen. Die IAEA übt ihre Tätigkeit aus, ohne in die souveränen Rechte der Staaten einzugreifen.

Eine Prüfung des Statuts ergibt, daß die IAEA beim Bau und Betrieb von kerntechnischen Anlagen und sonstigen Vorhaben, die dem Ausbau der nuklearen Energieerzeugung in einzelnen Ländern dienen, keine Aufsicht und Kontrolle ausübt und auch nicht ausüben kann.

Allerdings führt die IAEA aufgrund eines Beschlusses, den der Verwaltungsrat der IAEA auf seiner letzten Sitzung am 21. Mai dieses Jahres faßte, in den Mitgliedsländern der Organisation eine Inspektion der Forschungs- und Kraftwerksreaktoren im Hinblick darauf durch, ob die Folgen des Unfalls im Kernkraftwerk von Tschernobyl berücksichtigt werden.

Nach dem Atomgesetz vom 10. April 1986 liegt die staatliche Aufsicht über die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz in Polen bei der Staatlichen Atomschutz-Behörde, an deren Spitze ein Prä-

Mitte Mai ging beim Sejm der Volksrepublik Polen eine von 2974 Einwohnern Bialystoks unterzeichnete Petition ein, die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffend. Die Verfasser der Petition, durch den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl beunruhigt, sind der Ansicht, daß der Bau des ersten Atomkraftwerks in Zarnowice „ernste Befürchtungen“ auslöste.

Was die Reaktion der polnischen Behörden auf den Unfall in Tschernobyl an-

Die einzige aussichtsreiche Primärenergiequelle für die industrielle Energieerzeugung kann daher nur der Kernbrennstoff sein. Diese Ansicht wird in vielen Ländern vertreten, die bedeutend früher damit begonnen haben, auf ihrem Gebiet Kernkraftwerke zu bauen.

Die Zahl der fertiggestellten oder im Bau befindlichen Kernreaktoren zur

Wegen der Möglichkeit, daß Gefährdungen durch Kontamination auftreten können, hat man den Verfahren im Zusammenhang mit der Standortwahl, der

Es ist falsch, die Erscheinungen, die beim Kernkraftwerk Tschernobyl aufgetreten sind, direkt auf die polnische Kernenergietechnik zu übertragen. In diesem Kraftwerk benutzt man nämlich einen ganz anderen Reaktortyp, als er für das Kernkraftwerk Zarnowice und die weiteren Kernkraftwerke in Polen vorgesehen ist.

Das Verfahren der Standortwahl für den Bau von Kernkraftwerken richtet sich nach den Gesetzen zur Raumplanung, zum Umweltschutz und zur Land-

Zu den grundlegenden Rechten und Pflichten des Präsidenten der Behörde gehört die Erteilung von Genehmigungen für die Errichtung, die Inbetriebnahme, den Betrieb und die Stilllegung aller Anlagen zur nuklearen Energieerzeugung in Polen. Zum Tätigkeitsbereich des Präsidenten der Staatlichen Atomenergie-Behörde gehören außerdem die Probleme der „Ausübung der Aufsicht und Kontrolle aller Aktivitäten, die eine Gefährdung der Menschen und der Umwelt durch ionisierende Strahlung hervorrufen oder hervorrufen können“ (Art. 47, Abs. 7); die staatliche Aufsicht über die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz ist nach Art. 54 insbesondere verpflichtet, „die Entscheidungen zu treffen, die sich im Hinblick auf die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz ergeben, und die Anforderungen festzulegen, die zur Gewährleistung der Sicherheit und des Strahlenschutzes erfüllt sein müssen“.

Der kerntechnischen Aufsicht unterliegt auch die Errichtung des Kernkraftwerks in Zarnowice. Nach der Prüfung der Unterlagen bezüglich der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes, die sich über mehr als ein Jahr hinzog, hat der Präsident der Staatlichen Atomenergie-Behörde die Genehmigung zur Errichtung dieses Kraftwerks erteilt. Die Genehmigung enthält jedoch über 30 Auflagen, die der Investor erfüllen muß, damit die Errichtung des Kernkraftwerks Zarnowice erfolgen kann. Die Kontrolle durch die kerntechnische Aufsicht erstreckt sich auf die Materialien, die Konstruktionen und Geräte sowie auf die Durchführung der Arbeiten, die die kerntechnische Sicherheit und den Strahlenschutz beeinflussen können.

Eine der Bedingungen für die Erteilung der Genehmigung zur Inbetriebnahme und zum Betrieb des Kraftwerks besteht darin, daß der Direktor einen mit den zuständigen Behörden abgestimmten Plan für die im Falle einer Havarie zu ergreifenden Maßnahmen vorlegt und daß er nachweist, über die technischen und organisatorischen Mittel zu verfügen, um diesen Plan unverzüglich in die Tat umzusetzen. Ziel dieses Notfallplans ist es, die eventuellen Auswirkungen eines Störfalls auf Mensch und Umwelt einzugrenzen.

Die kerntechnische Aufsicht in Polen berücksichtigt die Empfehlungen, die von der IAEA für eine gefahrlose Errichtung und den sicheren Betrieb von Kernkraftwerken entwickelt wurden. Die IAEA zeigt Interesse für den Ausbau der nuklearen Energieerzeugung in Polen, was man daraus entnehmen kann, daß sie für 1987 einen Schulungskurs im Kernkraftwerk Zarnowice plant, bei dem es um die Errichtung und den Betrieb von Kernkraftwerken geht.

Aus den oben dargelegten Informationen ergibt sich, daß der Sejm der Volksrepublik Polen ebenso wie die Regierung und die staatlichen Stellen, die kraft Gesetzes für die Nutzung der Kernenergie für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes und damit auch der Einwohner zuständig sind, Sicherheitserwägungen den höchsten Rang einräumen. PAH



Nur etwas über 500 Kilometer Luftlinie ist die ostpolnische Stadt Bialystok vom Unglücksort Tschernobyl in der Ukraine entfernt.

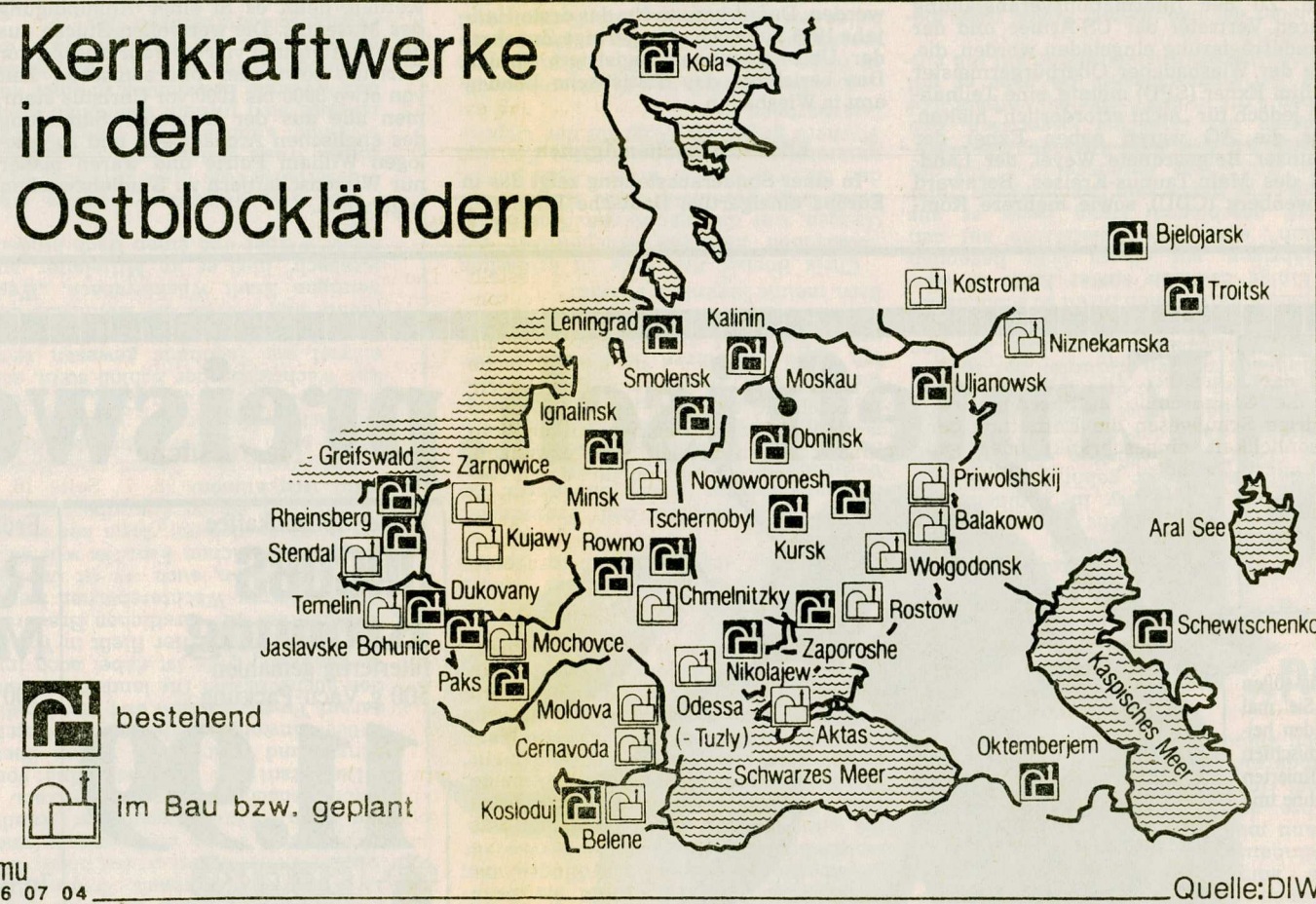
Die Verfasser der Petition fordern in diesem Zusammenhang, den Bau des Atomkraftwerks solange einzustellen, bis gewisse Forderungen erfüllt sind, von denen die wichtigsten lauten, daß alle Industrieanlagen, welche die Atomenergie nutzen, der Aufsicht und Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Organisation unterstellt und daß bewährte, dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Sicherungssysteme angewandt werden sollen.

Wir sind überzeugt, daß die Bürger, die ihre Unterschrift unter die Petition gesetzt haben, sich von echter Sorge um die

geht, so ist sie allgemein bekannt. Es ist deshalb überflüssig, noch einmal alle Maßnahmen zu nennen, die ergriffen wurden, nachdem die Informationen über die Havarie und ihre voraussichtlichen Folgen vorlagen. Eines steht zweifelsfrei fest: Die Regierung der Volksrepublik Polen hat größtmögliche Fürsorge für die Gesundheit der Bürger bewiesen. Es ist auch begreiflich, daß die staatlichen Behörden all die Probleme, die mit der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke zusammenhängen, ständig verfolgen. Auch der Sejm der Volksrepublik Polen befaßt sich mit ihnen.

Wir möchten die Verfasser der Petition davon in Kenntnis setzen, daß der Ausschuß für Wissenschaft und technischen Fortschritt des Sejms der Volksrepublik

Kernkraftwerke in den Ostblockländern



Eines der beiden geplanten polnischen Kernkraftwerke soll in Zarnowice gebaut werden. In Polens Nachbarländern sind derzeit 109 Atomreaktoren in Betrieb oder geplant.

- 345 fertiggestellte Reaktoren mit einer Leistung von 230 000 Megawatt und
- 180 im Bau befindliche Reaktoren mit einer Leistung von 180 500 Megawatt.

In den direkt an Polen angrenzenden Ländern beläuft sich die Leistung der Kernkraftwerke, die in Betrieb sind oder sich im Bau befinden, auf 70 300 Megawatt, darunter

— UdSSR (85 Reaktoren), 59 600 Megawatt,

— CSSR (13 Reaktoren), 5600 Megawatt,

— DDR (11 Reaktoren), 5100 Megawatt.
Darüber hinaus gibt es in Schweden 12 Reaktoren mit einer Leistung von 9450 Megawatt.

Planung, dem Bau, der Inbetriebnahme und dem Betrieb von kerntechnischen Anlagen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In Artikel 15 Atomgesetz heißt es: Zu diesem Zweck „sind die technischen und organisatorischen Lösungen zu wählen, die nach dem neuesten Stande von Wissenschaft und Technik erforderlich sind, damit es in allen Betriebszuständen und Störfallsituationen nicht zu einer Gefährdung des Bedienungspersonals oder anderer Personen und der Umwelt kommen kann“. Artikel 18 legt ebenfalls fest, daß „um eine kerntechnische Anlage herum eine Sicherheitszone geschaffen wird in Gestalt eines Gebiets, dessen Nutzung zum Zweck der Verminderung einer Strahlengefährdung Beschränkungen unterliegt“.

schaftsgestaltung, zur Bodenbewirtschaftung und zur Enteignung von Grundbesitz sowie nach dem „Atomgesetz“.

Nach Artikel 17 Absatz 1 und 2 dieses Gesetzes: „wird bezüglich der kerntechnischen Sicherheit und des Strahlenschutzes die Genehmigung zum Bau, zur Inbetriebnahme, zum Betrieb und zur Stilllegung einer kerntechnischen Anlage auf Antrag des Investors oder der betreibenden Person durch den Präsidenten der Behörde erteilt. Diese Genehmigung ist Voraussetzung für die Erlaubnis zur Errichtung, zur Nutzung und zum Abbruch der baulichen Anlage entsprechend den Vorschriften des Baurechts. Die in Absatz 1 erwähnte Genehmigung darf erteilt werden, wenn festgestellt wurde, daß die Erfordernisse und Bedingungen der